

Der Gesetzgebungsvertrag als Rechtsproblem

Möglichkeiten und Grenzen legislativer Verhaltenszusagen der Bundesregierung gegenüber Privatrechtssubjekten durch Vertrag

Neben den Regelungsklassikern Gesetz, Verordnung und Satzung haben Praxis und Gesetzgebungslehre vielfältige Formen legislativer Steuerungsinstrumente entwickelt. In Zeiten zunehmender legislativer Steuerung erfreut sich jedoch die Einflussnahme des Regelungsadressaten auf den gesetzgeberischen Gestaltungsprozess wachsender Beliebtheit. Ein weites Problemfeld stellen in diesem Zusammenhang sog. Gesetzgebungsverträge zwischen einem am förmlichen Gesetzgebungsverfahren beteiligten Hoheitsträger und einem Privatrechtssubjekt dar. Beispielhaft sei insoweit auf die Vereinbarung der Bundesregierung mit dem Verband forschender Arzneimittelhersteller aus dem Jahr 2001 und den sog. 'Atomkonsens' aus dem Jahr 2010 verwiesen. Die vorliegende Arbeit beleuchtet die Wirksamkeitsbedingungen und Grenzen eines Gesetzgebungsvertrages. Darüber hinaus befasst sie sich mit der Frage, ob und in welchem Umfang Gesetzgebungsverträge sekundärrechtliche Ersatzforderungen begründen können.

'The Legislative Agreement as a Legal Problem' The constitution provides the state with different regulatory instruments. An instrument of the recent governmental practice is the so called 'legislative agreement'. This agreement is a contract between a public authority, which participates in the legislative procedure and a private law subject on parts of the legislative procedure. The dissertation deals with the prerequisites and limitations of a legislative agreement as well as possible claims for damages.



99,90 €
93,36 € (zzgl. MwSt.)

Lieferfrist: bis zu 10 Tage

Artikelnummer: 9783428153077
Medium: Buch
ISBN: 978-3-428-15307-7
Verlag: Duncker & Humblot
Erscheinungstermin: 08.11.2017
Sprache(n): Deutsch
Auflage: 1. Auflage 2017
Produktform: Kartoniert
Gewicht: 460 g
Seiten: 297
Format (B x H): 157 x 233 mm

